



## SPD-WAHLKAMPFAUFTAKT

Steinbrück setzt auf prominente Verstärkung: Altkanzler Schröder wirbt für den Kanzlerkandidaten der SPD.

► Seite 3



## BACK TO THE ROOTS

Mit betreutem Gärtnern ein politisches Statement setzen. Gegen den Klimawandel und für bezahlbares Gemüse - auch für Anfänger\*innen.

► Seite 6

## AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

## Rassistische Eskalation in Duisburg

„Abbrennen sollte man die Bude“ – „Niederbrennen das Dreckpack“ – „Wir müssen die Ratten loswerden“ – „Alles schreit abbrennen, warum macht es denn keiner?“ - Diese Aufrufe zum Pogrom gegen von Roma bewohnte Häuser haben Duisburger Bürgerinnen und Bürger via Facebook verbreitet. Weil die Polizei sich weigerte, die Häuser rund um die Uhr im Auge zu behalten, haben besorgte Freiwillige, darunter viele Studierende, Nachtwachen organisiert. Jetzt meldet sich auch Oberbürgermeister Sören Link zu Wort. Anstatt sich jedoch mit den von den Morddrohungen Betroffenen zu solidarisieren, sieht er die Zuwanderung als Kernproblem und fordert unter anderem ein „Wiedereinreiseverbot“. Auf einer Bürger\*innenversammlung redet sich derweil der Mob rassistisch in Rage. Eine Geschichte aus Duisburg, die fassungslos macht.

Freitag Abend, 18 Uhr. An die hundert Menschen haben sich auf Einladung des Vereins „Bürger für Bürger“ versammelt. Das Thema: Die angespannte Lage im Duisburger Stadtteil Rheinhausen. Dort leben die Bewohner\*innen zweier Hochhäuser, die hauptsächlich aus Rumänien und Bulgarien stammen, unter sehr schlechten Bedingungen und sind außerdem massiven Bedrohungen ausgesetzt: Aufrufe zu Mord und Vertreibung, rassistische und antiziganistische Schmierereien an den Hauswänden, Neonazis checken von ihren Autos aus die Lage rund um die Häuser, brüllen volksverhetzende Sprüche, drohen mit Messern und zeigen den Hitlergruß.

### Gewalt nach Bürger\*innenversammlung

Das alles wären tatsächlich Gründe genug, um besorgt um den eigenen Stadtteil zu sein. Die Versammlung am Freitagabend hat jedoch einen gänzlich anderen Charakter: Die Anwohner\*innen sorgen sich nicht etwa um den zunehmenden Rassismus in den eigenen Reihen, sondern steigern sich – gemeinsam mit anwesenden Kadern von NPD und Pro NRW – in immer neue Hass tiraden gegen die Bewohner\*innen der Häuser hinein. Als Diskussionspartner\*innen

anwesend sind Elisabeth Pater, die Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien, und Deniz Aksen vom Verein Zukunftsorientierte Förderung (ZOF). Beide intervenieren nicht, als Moderator Ralf Karling bereits in der Begrüßung von Menschen spricht, „die nicht hierher passen“ – und ebenso wenig bei rassistischen Begriffen wie „Zigeunerbrut“, bei der Relativierung der massenhaften Ermordung von Roma während des NS und bei den diversen Kommentaren, die Abschiebung und Schlimmeres fordern.

Im weiteren Verlauf des Abends kommt es an unterschiedlichen Orten zu Gewalt. Bereits auf der Bürger\*innenversammlung seien Teilnehmende, die rassistische Äußerungen kritisiert hatten, abfotografiert und bedroht worden, berichten Anwesende. Das Duisburger Bündnis gegen Antiziganismus erklärt in einer Stellungnahme: „Nach der Versammlung zeigten Nazis aus der Umgebung einigen Menschen provokant einen Hammer, den sie in einem Rucksack bewahrten. Äußerungen wurden laut, wie zum Beispiel, dass die Rumänen nun erst mal egal seien, viel wichtiger wäre es die Antifas zu kassieren. Im Anschluss wurden einzelne Kleingruppen von Abreisenden verfolgt, bedroht und



**DURCH: POGROME - ASYLGESETZ - ABSCHIEBUNG  
GEISTIGE BRANDSTIFTUNG**

auch attackiert. Es kam zu Pöbeleien, Angriffen und weiteren Auseinandersetzungen durch eine Ansammlung der aufgebrachten rassistischen Bürger\*innen und Nazis an einem Kiosk. Bei einem dieser handgreiflichen Konflikte wurden nach Polizeiangaben vier Personen verletzt, darunter auch eine Frau, die sich zuvor auf der Veranstaltung rassistisch geäußert haben soll.

### Polizei stürmt Haus

Doch damit sollte die Gewalt für den Abend noch kein Ende nehmen. Etwa eineinhalb Stunden später nutzte die Polizei die längst vergangenen Auseinandersetzungen auf der Straße als Anlass, um in einem Großeinsatz eines der von Roma bewohnten Häuser zu stürmen – angeblich, um an den Auseinandersetzungen beteiligte Antifaschist\*innen festzunehmen. An dieser Motivationslage gibt es allerdings Zweifel, denn die beiden in diesem Zusammenhang von der Polizei angeführten Festnahmen fanden bereits vor der Erstürmung des Hauses statt. Dabei soll es sich um zwei

Jugendliche handeln, die den ganzen Abend als Nachtwache vor dem Haus aktiv und überhaupt nicht in der Nähe der körperlichen Auseinandersetzungen waren.

Augenzeugenberichten zufolge zerstört die Polizei im Haus Türen, stürmt in Privatwohnungen, reißt Kinder aus ihren Betten, setzt Pfefferspray ein. Eine hochschwangere Frau muss mit dem Notarzt ins Krankenhaus gebracht werden. Ein Kind soll sich gewehrt haben und wird verhaftet. Dem Vater, der dem Kind helfen wollte, ergeht es genauso. Bewohner\*innen sollen darüber hinaus von der Polizei rassistisch und sexistisch bedroht und beleidigt worden sein. (Autor\*in der Redaktion bekannt)

### STOPPT DIE HETZE GEGEN EINWANDERER\*INNEN:

Demonstration am Do,  
29.8.2013 ab 13.30  
in Duisburg-Rheinhausen,  
In den Peschen 3-5

**DER EKELBARON  
MELDET SICH ZU WORT**



## Wer alles gibt, muss mehr bekommen

Mit obenstehendem Satz wirbt die sozialdemokratische SPD derzeit für sich und die Einführung eines Mindestlohnes. Wir sehen einmal davon ab, das das natürlich rein logisch völliger Unsinn ist. Wer alles gibt, kann vielleicht auch alles zurückbekommen, aber sicherlich nicht mehr als das.

Mit solchen Problemen mag sich die analytische Philosophie beschäftigen, viel interessanter ist jedoch, welches Menschenbild hinter dieser Zeile steckt. Was der Bürger damit meint ist doch letztlich: „Wer nicht alles gibt, soll ein paar aufs Maul bekommen.“

Wer sich hingegen aufopfert für einen höheren Zweck, und sei dieser bloß die eigene Altersvorsorge, der soll mehr bekommen. Mehr bekommen als jener, der nebenher noch über ein Privatleben verfügt.

Die bürgerliche Idee des Privatlebens begann als Versuch der widernatürlichen Aneignung von Adelsprivilegien. Privates Leben ist Privatsache. Es spielt sich hinter verschlossenen Türen ab, wie der Vollzug ehelicher Pflichten. Es ist des Bürgers Heiligtum und Utopie zugleich. Das Recht auf ein Privatleben muss allerdings teuer erkauft werden. Es ist der Ritterschlag des Schreibtischbürgers und zeigt, wie wenig erfolgreich das Bürgertum gegen die Natur aufbegehren vermochte: Unter dem privatlebenden Großbürger stehen somit wieder jene, die nicht bloß alles hergeben müssen, sondern auch noch für ihre Misere verantwortlich gemacht werden. Der Feudalismus war da ehrlicher.

**Hochachtungsvoll,  
Friedrich von Einhalt**

# Menschenrechte sind unteilbar

**Anlässlich der rassistischen Zuspitzung in Duisburg-Rheinhausen dokumentiert aktuell die gekürzte Stellungnahme des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit (Bezirk Mülheim, Essen, Oberhausen und Duisburg) zur Situation „In den Peschen“:**

Die Wohnhäuser „In den Peschen 3-5“ sind derzeit nicht nur in Duisburg ein großes Thema, sondern auch in der überregionalen Medienberichterstattung. Die Häuser werden von Roma bewohnt, welche vor allem aus Bulgarien und Rumänien ihren Weg nach Deutschland gefunden haben. Sie haben ihr Recht auf Freizügigkeit genutzt, um den teils dramatischen Diskriminierungen, zum Teil lebensbedrohlichen Situationen und Bedrohungen zu entfliehen. Der Zugang zu großen Teilen des deutschen Arbeitsmarktes bleibt ihnen bis Anfang 2014 verwehrt. Somit ist es Menschen aus diesen Ländern Europas derzeit meist nicht möglich, auf legale Weise Geld zu verdienen.

Sie erhalten keine Sozialleistungen, mit Ausnahme des Kindergeldes. Auch wird es Menschen aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn, wie übrigens allen Menschen aus EU-Ländern, nicht ermöglicht, an Integrations- oder auch nur Sprachkursen teilzunehmen. Aus eigenen Mitteln können sie aber keine Sprachkurse finanzieren. Somit entsteht ein echtes Integrationsproblem, welches einseitig den Roma angelastet wird.

Die Ressentiments gegen Roma kumulieren gerade in Duisburg-Rheinhausen zu einer gefährlichen Spannung, welche sich in alltäglichen Beleidigungen, Bedrohungen und Anfeindungen gegen die Bewohner\*innen der Häuser „in den Peschen 3-5“ zeigen. Dabei kommt die Bedrohung nicht nur von rechtsradikalen Menschen und Gruppen, sondern von den Bürger\*innen des Stadtteils, zum Teil auch von direkten Anwohner\*innen.

In den getätigten Aussagen will die Polizei jedoch keine akute Gefährdung erkennen und überlässt durch die Unterlassung von Schutz die Bewohner\*innen ihrem Schicksal. Die vom Polizeisprecher Hr.



(Foto: © DBSH)

van der Maart als „ausreichend“ bezeichneten Schutzmaßnahmen, nämlich zwei bis drei mal pro Tag mit einem Streifenwagen vorbei zu fahren, ist keinesfalls ausreichend und verkennen die akute Bedrohungslage sowohl durch Rechtsradikale als auch von Seiten der Anwohner\*innen. Wenn Rechtsradikale Nachts mit Messern bewaffnet aus Autos steigen, so ist dieses mehr als eine Geste, sondern im Kontext der Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Hoyerwerda, Mölln sowie der insgesamt über 180 Todesopfer rechtsradikaler Gewalt seit 1990 eine eindeutige Lebensbedrohung der Bewohner\*innen. Auch die Lösung, welche Herr van der Maart laut TAZ vom 23.08.2013 vorschwebt, ist mehr als nur kritikwürdig: Es spricht Menschen elementare Menschenrechte ab und macht die Frage nach körperlicher Unversehrtheit abhängig von einem der Mehrheitsgesellschaft angenehmen Verhalten: „Selbst sozial Engagierte sagen doch, dass nur wenige Roma integrationswillig sind“, meint der Beamte: „Die anderen kommen mit unserer Gesellschaft nicht klar. Die müssen weg.“

Von der Situation vor Ort machte sich der Landesvorsitzende in NRW des DBSH, Sven Leimkühler, ein Bild und unterhielt sich sowohl mit Bewohner\*innen der Häuser als auch mit Unterstützer\*innen, welche nach einer Bedrohung von Bewohner\*innen von Rechtsradikalen eine Nachtwache organisiert haben. „Es ist erschreckend, was hier Menschen zugemutet wird. Diesen Menschen müsste sofort ein Umzug in andere Wohnungen angeboten werden“, sagt Sven Leimkühler und fährt fort: „Ich habe großen Respekt vor den Men-

schen, die sich hier persönlich für das Wohl der Menschen einsetzen. Sich die Nächte um die Ohren zu schlagen, damit andere Menschen in Ruhe schlafen können, ist ein Beweis dafür, dass Solidarität unter Menschen möglich ist.“

Der akute Ausweg kann nur die konkrete Unterstützung der Menschen vor Ort sein. Das bedeutet, bedarfsgerechte und mit den Betroffenen abgestimmte Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schaffen und so auszustatten, dass eine konkrete Hilfe vor Ort möglich wird. „Ich weiss, dass sich hier schon unglaublich viele Sozialarbeiter\*innen, Lehrer\*innen, Pfarrer\*innen, Bürger\*innen und politische Initiativen tatkräftig vor Ort engagieren. Es kann aber nicht sein, dass sich die restliche Gesellschaft aus ihrer Verantwortung stiehlt“, so Sven Leimkühler.

Es darf nicht zugelassen werden, dass soziale Probleme von Roma in einer Art und Weise diskutiert und debattiert werden, dass die Stimmung weiter angeheizt wird und somit der ideale Untergrund für Gewalttaten bereitet wird. Insbesondere die Debatte und Medienberichterstattung in Duisburg ist immer wieder von rassistischen und antiromaistischen Stereotypen gespickt und ist damit eine der Triebfedern für die aufgeheizte Stimmung. Es ist nach Meinung des DBSH unerlässlich, einseitige und polemische Stellungnahmen zu unterlassen und zugunsten einer konstruktiven, menschenwürdigen und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigenden Lösung zu kommen.

[Sven Leimkühler  
1. Vorsitzender des DBSH NRW]



# „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“

Dieses Zitat, welches Erstkanzler Konrad Adenauer zugeschrieben wird, scheint auf die Wahlkampfstrategie der SPD übertragbar zu sein: Peer Steinbrück brachte zum Wahlkampfauftakt in NRW am 20.8 zu seiner Unterstützung Altkanzler Gerhard Schröder mit nach Detmold. Vergessen scheinen kritische Stimmen auch aus den Reihen der SPD gegen den ehemaligen Kanzler. Vor rund 4.000 Menschen gab sich Steinbrück kämpferisch und sagte mehrmals „Ich möchte Bundeskanzler werden“. Bleibt die Frage, ob ein Gedichte zitierender Schröder ihm dabei helfen kann.

Am 22. September ist es wieder so weit: Bundestagswahl in Deutschland. Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren: Von den Laternen in den Städten blicken Politiker\*innen aller Parteien mit mehr oder weniger kreativen Slogans herab und die öffentlichen Auftritte der Spitzenkandidat\*innen sorgen für Gesprächsstoff. Den Wahlkampfstart für die SPD in NRW macht Peer Steinbrück in Detmold in Form einer Frage-Antwort-Runde mit Bürger\*innen.

## Schröder als Sympathieträger für Steinbrück?

Bevor Steinbrück, eine halbe Stunde verspätet, bei den Detmolder\*innen um Stimmen wirbt, lässt er sich von einem braungebrannten, prominenten Gesicht vertreten. Altkanzler Gerhard Schröder betritt die Bühne mit hochgestreckten, gefalteten Händen und lässt sich feiern wie ein Popstar: Er gibt den umstehenden Zuhörer\*innen Autogramme und wertet einzelne Pfiffe von Hartz IV-Demonstrant\*innen als Begrüßung seiner Person. Besonders die Europapolitik seiner Nachfolgerin Angela Merkel kritisiert Schröder scharf und verspricht, dass die SPD mehr „Klartext“ in diesem Zusammenhang sprechen wird. Er sei in den acht Jahren nach seiner Amtszeit ein „politischer Mensch geblieben“, aber er sagt auch, dass „die Entscheidungen von denen getroffen werden müssen, die sie auch verantworten“. Da Gerhard Schröder bereits kurze Zeit nach dem Regierungswechsel eine Stelle bei Gazprom, dem weltweit größten Erdgasförderungsunternehmen, angenommen hatte und damit Aufsehen erregte, versucht er bei seinem Auftritt betont locker mit diesem Thema umzugehen:

„Ihr müsst keine Angst haben, heute verlange ich keine Gebühr“ ist Schröders Kommentar zu der Frage nach seiner jetzigen Anstellung.

Am Ende seines Auftritts zeigt sich Schröder belesen und rezitiert ein Heinrich Heine Gedicht mit dem er den Bundeskanzlerkandidaten auffordert: „Schlage die Trommel und fürchte dich nicht“. Dafür haben viele der umstehenden Zuhörer\*innen nur ein müdes Lächeln übrig: Neben dem Gedicht wirken auch die typischen „Die Lipper\*innen kommen nur, wenn es etwas umsonst gibt“-Witze aufgesetzt. Das „Heimspiel“, wie Gerhard Schröder den Auftritt in seinem Geburtsort bezeichnet, hat er wohl vor allem der Neugier vieler zu verdanken, die den Altkanzler live sehen wollen. Echte Wiedersehensfreude gab es wohl vorrangig bei den umstehenden SPD-Mitglieder, die fröhlich ihre roten Fähnchen schwenkten. Dass unter Gerhard Schröder die Hartz IV Gesetze verabschiedet wurden, haben nicht alle Zuhörer\*innen vergessen und so begleiten ihn während seines Auftritts Pfiffe, die erst Peer Steinbrück mit der scharfen Aussage „Pfeifen passen manchmal zu Pfeifen“ verstummen lässt. Hier zeigte sich, dass Steinbrück empfindlich auf Kritik in der Öffentlichkeit reagiert. Auch bei kritischen Zwischenrufen aus dem Publikum wirkt er gereizt und wechselt abrupt das Thema.

## Typische SPD-Themen

Steinbrück sprach besonders den gesetzlichen Mindestlohn, die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Bildungsförderung in Deutschland und die Reichensteuer an. Hierbei witzelte er, dass vermutlich die wenigsten Anwesenden davon betroffen sei-



Kanzlerkandidat Peer Steinbrück mit der Fahne des Klimaforums Detmold (Foto: Gerne)

en, jedoch Gerhard Schröder und er unter diese 5% fallen würden. Der darauffolgende Zuruf von Schröder, dass er die SPD trotzdem wählen würde, wurde durch Lacher kommentiert. Steinbrücks Nähe zur Wirtschaft zeigte sich deutlich durch die prägnante Darstellung seiner Vorstellung eines Wirtschaftskreislaufes. Stärke man die unteren Einkommenschichten finanziell, erhöhe sich deren Kaufkraft, womit wiederum eine Ankurbelung der Wirtschaft erreicht werde. Dies sei dann ein Weg, die drohende Altersarmut im Vorfeld zu bekämpfen, so Steinbrück.

Anwesend waren auch Demonstrant\*innen, die mit großen Bannern eine bessere Klima- und Energiepolitik forderten. Diesen legte der Kanzlerkandidat nahe, dass nur mit einer rot-grünen Regierung ein Weg heraus aus der Kernenergie und der Ausbau von erneuerbaren Energien

möglich sei. Damit könne das „Desaster“, wie Steinbrück die jetzige Politik bezeichnete, beendet werden.

Bei diesem Ausblick beließ es Peer Steinbrück und ging nicht weiter auf das Energie- und Klimathema ein. Auch sagte er nichts über die Einstellung der SPD zur Agrarindustrie, gegen die es in den letzten Jahren große Demonstrationen gegeben hatte. Nach dem Auftritt des Spitzenkandidaten überreichten die Mitglieder des Klimaforums Detmold Steinbrück ihre selbstgestaltete Fahne, um ihn nachdrücklich an die Dringlichkeit des Klimaschutzes zu erinnern.

Geredet wurde bei der Auftaktveranstaltung der SPD viel - doch, so ein anwesender Student: „Wer sich wirklich über die Parteihalte informieren möchte, sollte sich die Wahlprogramme zur Hand nehmen“. [Gerne]

# Umweltschutz nur bei Profit

**Die Debatte um den Schallschutz für Offshore-Windparks macht wieder deutlich, dass der Umweltschutz in der Marktwirtschaft nur soweit geht, wie Profite nicht gefährdet werden. Opfer des geplatzten Kompromisses um zusätzliche Schallschutzmaßnahmen sind die Bewohner der Nord- und Ostsee, wie auch der vom Aussterben bedrohte Schweinswal. Dezentrale Energiegenossenschaften als Alternativen zu Offshore-Parks geraten durch den Druck der Energieriesen – wie Eon und RWE – zunehmend ins Abseits.**

Umweltminister Peter Altmeier (CDU) will die Schweinswale schützen, so lässt das Lärmschutzkonzept der Bundesregierung zumindest vermuten. Rund 55.000 Schweinswale leben in der Nordsee. Bis vor kurzem lebten die schallempfindlichen Tiere unbehelligt in einer ruhigen und küstennahen Meeresregion. Genau in dieser Region werden nun seit über vier Jahren Windräder aufgestellt. Dabei werden die Säulen der Windkraftanlagen in den über fünfzig Meter tiefen Meeresboden gerammt. Hierbei entsteht ein Lärm von über 200 Dezibel. Für den Menschen ist bereits eine Lautstärke von 120 Dezibel bedrohlich. Für den Schweinswal kann die Lautstärke hingegen auch den Tod bedeuten, denn durch den Lärm kann das empfindliche Orientierungssystem zerstört werden – gestrandete Wale sind die Folge. Bundesumweltminister Altmeiers Pläne sahen vor, dass die Lärmgrenze für neue Baustellen auf 160 Dezibel beschränkt werden. Zudem sollten insgesamt



Für besseren Umweltschutz - Windräder im Inland anstelle von Offshore-Parks. (Foto: DanKe)

nur zehn Prozent der Schweinswalgebiete zur Verfügung stehen, im Sommer sogar nur ein Prozent. Diese Regelung würde unter anderem Offshoreparks von Vattenfall betreffen.

Die Offshore-Lobby lehnte die Pläne ab, diese seien – so Jörg Kuhbier, Chef der Stiftung Offshore-Windenergie, „sehr problematisch“ und „unausgereift“. Die Lobby fordert eine Überarbeitung des Gesetzesentwurfs, da sonst „schwerwiegende wirtschaftliche Risiken für künftige Projekte erzeugt“ würden, was im Klartext bedeutet: Die Profite wären gefährdet. Dem Druck der Lobby gaben im August auch die Minister der Küstenländer nach. Vor allem Hamburg und Niedersachsen

setzten sich gegen den Entwurf des Bundesumweltministeriums ein. Auch aus Schleswig-Holstein kam Kritik: „Die industriepolitischen Belange kommen zu kurz“, sagte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Umweltschützer\*innen geht das Konzept hingegen nicht weit genug. Der Naturschutzbund (Nabu) kritisiert, dass die Lärm-schutzregelungen zwar für neue Windkraftanlagen gelten sollen, die bereits bestehenden jedoch nicht umfasst.

## Offshoreparks und erneuerbare Energien

Mitte 2013 sind bereits 30 Offshoreparks mit über 2164 Windkraftanlagen genehmigt worden,

davon 27 in der Nordsee. Werden alle Anlagen fertiggestellt, entspricht dies einer Leistung von über neun Gigawatt. Weitere 90 Anträge warten auf die Bearbeitung durch die entsprechenden Ministerien. Offshoreparks sehen sich ständiger Kritik ausgesetzt, da sie aufgrund fehlender Stromnetze und dem Bau auf See hohe Kosten verursachen. Der Umweltschutz-Think-Tank Agora hat in einer neuen Studie festgestellt, dass beim Ausbau von Windenergie jährlich bis zu zwei Milliarden Euro eingespart werden könnten. Dazu müsste der Ausbau der Offshore-Anlagen gestoppt und der Bau von küstennahen Onshore-Anlagen forciert werden. Dies würde dazu führen, dass zum Beispiel der Ausbau der Stromnetze deutlich günstiger wäre als bisher. Zudem würden aufgrund des geringeren Risikos, vor allem die Betreiber für den Ausbau verantwortlich gemacht. Aktuelle Regelungen sehen vor, dass bei Einnahmeausfällen vor allem der Staat bzw. der Steuerzahler haftet. Bereits am 10. August führte ein verspäteter Netzausbau dazu, dass ein Windpark mit Dieselmotoren betrieben werden musste, um die Windkraftanlagen vor dem Rosten zu schützen. Die Verluste der Anlage vor Borkum belaufen sich auf bis zu 300 Millionen Euro. Wer diese tragen wird ist bisher ungeklärt.

## Alternative: Dezentrale Genossenschaft

„Energie in Bürgerhand“ könnte die Lösung für die Energiewende lauten. Der Energiesektor

## TIPPS & TERMINE

**30.08.2013**  
**trausch!!!**  
**23. Laustrophobie**  
**SUPPORT**  
**20 Uhr AK: 9€ druckluft**

### FREITAG, 30.8.

#### Pottrausch

Die Rügener Band COR befindet sich bereits seit 2001 auf der Mission „Trashrock“. Die natürliche Verbindung aus punk-gespeistem Selbstverständnis und Motörhead-geschulter Rotzigkeit bringen die Jungs am liebsten richtig laut auf die Bühne.

► Ab 20 Uhr, Druckluft Oberhausen, Halle, Eintritt 9 Euro

### FREITAG, 30.8.- 31.8.

#### Shiny Toys Festival

Das Festival für audiovisuelle Experimente findet wieder im Mülheimer Ringlokschuppen statt. In einer Ausstellung, Konzerten und Performances zeigen internationale Künstler\*innen multimediale Projekte. Die Kunstkneipe „Skribble Gebibble“ bespielt dabei die Halle.

► Ab 18 Uhr, Ringlokschuppen Mülheim

### SAMSTAG, 31.08

#### Platzhirsch

DJs Ben Postler (Everybody's Darlings) und Thorrissey (Pop Missile F1-11) treffen aufeinander, um eine Party entsprechend dem Motto des Festivals zu kreieren. Was genau auf den Plattentellern landet, wird erst die Nacht zeigen. Sicher ist nur: es wird tanzbar.

► Ab 23 Uhr Djazz, Duisburg



würde durch die Etablierung von Bürger\*inneninitiativen und Genossenschaften demokratisiert und gleichzeitig das lokale Handwerk gestärkt. „Da steht dann nicht irgendein Windrad, sondern unser Windrad“, sagte Regierungspräsident Gerd Bollermann zu Beginn des Arnsberger Energiedialogs. „Sie [Gemeint sind die Bürger\*innen, A.d.R.] wollen mit ihrer Beteiligung an Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien die Energiewende mitgestalten und dabei etwas für ihre Region tun. Sie wollen mitreden und nicht zuletzt eine Rendite einfahren.“, so die Energieagentur NRW. Hierbei sind unterschiedliche Formen der Beteiligung möglich. Von einer Gesellschaft mit begrenztem Recht (GbR) bis hin zu einer Genossenschaft. Die Form ist vor allem abhängig vom möglichen Investitionsvolumen. Hat man we-

nige, aber hohe Investitionen, ist die GbR von Vorteil. Möchte man hingegen die Geldlast auf möglichst viele Schultern verteilen, ist nach wie vor das Genossenschaftsmodell führend. Vor allem die Non-Profit Orientierung der Genossenschaften stellt eine Alternative zum Profitdenken der etablierten Energieindustrie dar.

Auch die Kosten sind im Vergleich zu Offshoreanlagen deutlich geringer. Alleine zwanzig Jahre reichen aus, um einen Gewinn von mehreren Millionen Euro für die Kommunen und Genossenschaften zu erwirtschaften; zudem bleiben über zehn Prozent des ursprünglichen Auftragsvolumens bei lokalen Handwerker\*innen. Die großen Energielieferanten Deutschlands wären bei einem solchen, dezentralen System natürlich außen vor. Das ist einer der

Gründe warum sie sich so vehement für Offshore-Parks einsetzen. Umfragen ergaben, dass vor allem jüngere Leute mit Windrädern in ihrer Umgebung einverstanden sind. In der Altersklasse Ü30 manifestiert sich jedoch das Phänomen des „Not in My Backyard“. Obwohl auch hier die meisten Menschen für einen raschen Ausbau erneuerbarer Energien sind, stellen diese sich zumeist quer, wenn es zu Bauprojekten in ihrer Umgebung kommt. Dabei werden Proteste organisiert und Anti-Windkraft-Kampagnen durchgeführt. Besonders in kleinen Ortschaften kommt es immer wieder zu solchen Problemen.

#### Beispiel: BürgerEnergieGenossenschaft

Die BürgerEnergieGenossenschaft (BEG) ist ein Zusammenschluss von Bürger\*innen und

Organisationen, die sich für eine dezentrale und regionale Form der Energiewirtschaft im Raum Ennepe-Ruhr einsetzen. Erklärtes Ziel der Genossenschaft ist es, den Klimaschutz vor Ort voranzutreiben: „Wir bauen gemeinsam erneuerbare Energieanlagen in der Region Hagen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis.“ Die Genossenschaft hat „seit Anfang 2010 [...] mit etwas über 200 Mitgliedern [...] auf 38 Dächern 1.011 Kilowatt Peak Photovoltaik installiert.“ Auch der kommunale Zusammenschluss Regionalverband Ruhr setzt sich für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Momentan werden zwei Windkraft-räder in Gelsenkirchen gebaut. Windkraftanlagen auf dem Festland sind im Vergleich zu Offshore-Anlagen deutlich günstiger. Im Gegensatz zu Offshore-Parks, sind Onshore Windkraftanlagen jedoch zumeist dezentral organisiert und entziehen sich damit dem Einfluss von Eon, RWE oder Vattenfall. Die Möglichkeit Energie aus unentgeltlichen und unbegrenzten „Ressourcen“ wie Wind und Sonne zu gewinnen, stellt für die Gesellschaft eine bisher unvergleichbare Möglichkeit dar, sich in einem wesentlichen Industriezweig zu emanzipieren: Frei vom Profitdenken würden so umweltfreundliche und demokratisch kontrollierte Genossenschaften entstehen, welche den Energiesektor der Zukunft beherrschen könnten. Das „Einzigste“, das dem im Wege steht, ist die Energieindustrie und ihre Lobby. [DanKe]



Windkraft ja, aber: „Not in my Backyard!“ (Foto DanKe)

#### SAMSTAG, 31.08.

##### Silent Climate Parade

Am Samstag wird in Essen die erste Silent Climate Parade im Ruhrgebiet stattfinden, die sich gegen den Klimawandel und für ein Ende von Atom- und Kohlekraft einsetzt. Alle Teilnehmenden bekommen dabei Funkkopfhörer, die mit einem DJ-Wagen verbunden sind.

► Ab 17 Uhr, Girardethaus Essen

#### FREITAG, 06.09.

##### Nachttanzdemo Duisburg

Die Initiative „Du it yourself“ demonstriert für ein selbstveraltetes Kulturzentrum in Duisburg und gegen die ungenutzten Leerstände im Ruhrgebiet. Infos über das Musikprogramm findet ihr bald auf <http://duityourself.org>.

► Ab 19 Uhr, Bahnhofsvorplatz Duisburg

#### FREITAG, 06.09.

##### Fräsh

Jeden ersten Freitag im Monat wird es ab jetzt fräsh im Bahnhof Langendreer. DJ OGC, bestens bekannt als „La Schmoov“ und Resident DJ der Zeche Bochum, legt das Feinste aus Hip Hop, Hip Hop, R`n`B, Dancehall und Electro auf.

► Ab 23 Uhr, Bahnhof Langendreer Bochum, Eintritt 5 Euro

#### SAMSTAG 07.09

##### Nachbarschaftsfest Bärendelle

Seit der Räumung des ehemaligen Schulgebäudes in Essen-Frohnhausen, engagieren sich Anwohner\*innen für eine Weiternutzung. Am Samstag laden sie zum Nachbarschaftsfest mit Musik, Kaffee, Kuchen und Kinderprogramm.

► Ab 15 Uhr, Essen-Frohnhausen, Bärendelle 15

# Urban Gardening war gestern

**Gesunde Ernährung ist wichtig, doch häufig reicht das Portmonee nicht für Bio-Obst & Gemüse. Ein neuer Trend könnte Abhilfe schaffen: „Betreutes Gärtnern“. Durch erfahrene Gärtner\*innen angeleitet, mietet man für eine Saison eine Parzelle auf einem Bauernhof. Im Revier Gärtnern bereits hunderte Menschen in Bochum, Bottrop, Essen, Dortmund und Oberhausen. Fast wie früher, als man in der Schule noch einen Garten hatte.**

Schon vor Jahren kam der Trend des „Urban Gardening“ aus Kuba und Lateinamerika nach Europa. Mitten in der Innenstadt entstanden kleine Orte der substantiellen Selbstversorgung. Doch immer wieder kämpfen „Stadtgärtner\*innen“ gegen den Widerstand von Behörden und Immobilieninvestoren, die jeden Meter Land in Profit verwandeln wollen. Alternativ entwickelt sich seit einiger Zeit das „betreute Gärtnern“, sogar mitten im Ruhrgebiet. Dabei stellen Bauernhöfe kleine Parzellen, in der Größe von 40 – 100m<sup>2</sup>, zur Verfügung, die dann vermietet werden – Ideal für die städtisch lebende Bevölkerung ohne Garten und Balkon.

Die Parzellen werden bereits bepflanzt vermietet, so dass Neugärtner\*innen sich zunächst nur um die Aufzucht kümmern müssen. Dabei ist keine Vorerfahrung nötig, denn routinierte Landwirt\*innen stehen dem Neuling zur Seite. „Es ist die Einfachheit und die Natur, warum ich mit betreutem Gärtnern begonnen habe“, so Julia K., 23 Jahre alt, Studentin und Hobby-Gärtnerin. Das betreute Gärtnern bietet vor allem Anfänger\*innen die nötige Starthilfe: Regelmäßige Sprechstunden, Schädlingsmeldungen und eine erstmalige fertige Bepflanzung. „Man kann sich jederzeit mit anderen Gärtnern und den Landwirten in der Onlinecommunity austauschen, das hilft ungemein.“, erklärt Julia die Vorteile.

## Viele Vorzüge

Die Vorteile des betreuten Gärtnern gehen deutlich weiter, als bloße Wissensvermittlung. Durch den Anbau größerer Mengen Gemüse, sorgt man für eine ausgewogenere



Heute gärtner man nicht mehr alleine, sondern betreut einen Garten gemeinsam. (Foto: DanKe)

Ernährung, die man sich oft ohne Eigenanbau nicht leisten könnte. Das Gemüse, das beim betreuten Gärtnern gezogen wird, kostet nur einen Bruchteil von dem, was Biogemüse im Einzelhandel kostet: Das Portmonee wird deutlich entlastet und für Student\*innen und ärmere Haushalte ist es eine Möglichkeit, an einer gesunden Lebensweise zu partizipieren: Die Miete wird durch Gemüse im vier- bis sechsfachen Wert wieder eingenommen. Das ökologisch angebaute Gemüse ist zudem garantiert chemiefrei, was man nach etlichen Dioxin- und gefälschten Biosiegelskandalen von handelsüblichem Biogemüse nicht behaupten kann. Selbst die Anschaffung von teurem Werkzeug entfällt, denn auch das ist im Mietpreis inbegriffen.

## „Gärtnern ist politisch“

Julia ist Studentin und gärtner aus Leidenschaft, denn für sie ist ihr Hobby politisch: „Gärtnern bedeutet für mich, sich nicht mit den jetzigen Verteilungs- und Landwirtschaftssystemen einverstanden zu erklären. Es kann ein Akt des Protestes sein“. Wer gärtner setzt sich zudem aktiv gegen den Klimawandel ein. Gemüse und Blumen zie-

hen während der Wachstumsphase Co<sup>2</sup> aus der Luft. Des Weiteren wird die Lieferkette kurz gehalten: Anstelle von importiertem Gemüse, wird vor Ort gezogen, was zu einem niedrigen Co<sup>2</sup> Wert pro Kilogramm Gemüse führt. Dies steht im Gegensatz zu importierten Waren wie Biokartoffeln aus Ägypten oder Biozwiebeln aus Italien. „Selbstversorgung bedeutet auch, sich gegen bodenzerstörende Monokulturen einzusetzen. Denn auf nur wenigen Quadratmetern wird eine Vielfalt an Gemüse gezogen. Das ist gut für die Böden und begeistert.“

## Meine Ernte

Im Ruhrgebiet ist der landwirtschaftliche Zusammenschluss „meine Ernte“ präsent. Wanda Ganders gründete 2009 den Betrieb mit sechs Standorten. „Dieses Jahr haben wir Oberhausen und Essen als neue Gemüsegarten-Standorte dazugewonnen und sind in zwischen deutschlandweit an 22 Standorten präsent“, so Ganders. Das Ganze entstand, als Wanda und ihre damalige Mitbewohnerin ihre Ernährung in Frage stellten und sich bewusst machten, dass „der Eigenanbau von Gemüse und die Selbstversorgung doch eigent-

lich das Beste wären - als Mieter in einer Großstadt jedoch ein Ding der Unmöglichkeit. So ist die Idee geboren.“

Aydemir, Mediengestalter aus Köln kann nicht mehr ohne das Gärtnern: „Frei nach Lorient: „Ein Leben ohne Garten ist möglich, aber sinnlos“. Nein, ich kann und will es mir nicht mehr vorstellen. Schon die Überbrückung der Saisonpause im Winter ist schwierig und nur machbar, weil wir riesige Mengen an Gemüse eingemacht und eingefroren haben. Das bereichert das winterliche, saisonale Angebot doch erheblich – zum Glück!“

179,- Euro für 45m<sup>2</sup> beziehungsweise 329,- Euro für 85m<sup>2</sup> kostet eine Parzelle für eine Saison. Diese wird dann zu Saisonbeginn mit bis zu 20 verschiedenen Gemüse- und Blumensorten bepflanzt. Die Saison dauert vom Mai bis zum Oktober, die Anmeldephase für 2014 hat bereits begonnen. Den Essener „Bauernhof am Mechtenberg“, der solche Parzellen anbietet, erreicht man über die Buslinie 147, Haltestelle Grimbergstraße. Für etwas „Faulere“ gibt es die Gärtnerbox für den Balkon inklusive Onlinebetreuung. [DanKe]



# Gimme no more Huhn

Der Schlachthof in Wietze ist der Größte in Europa - 430.000 Hühner werden hier täglich geschlachtet. Tierschützer und die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ haben für den 31. August eine Großdemonstration vor dem Schlachthof organisiert. Schon im Vorfeld zu der „Wir haben es satt“ Demo gab es vom 23 - 25. August bundesweit kleinere Grilldemos, um auf die Problematik aufmerksam zu machen. Auf den Grill kamen hier natürlich nur vegetarische Lebensmittel oder Fleisch aus biologischer Haltung.

Schockierende Bilder aus deutschen Mastställen kommen immer häufiger vor. Zuletzt machte Werder Bremen Sponsor, der Geflügelproduzent Wiesenhof, erneut Schlagzeilen: Videos zeigen, wie Mitarbeiter die Tiere treten und quälen. Dass der Bundesligist sich daraufhin in einer Pressemitteilung zu dem Sponsor bekennt und keine Kritik äußert, ist unverständlich. Leider sind solche Bilder keine Einzelfälle, wer im Internet sucht stößt schnell auf viele Bilder mit ähnlichen Szenarien aus Mastbetrieben in ganz Deutschland.

## Umdenken nötig:

Die Organisatoren von den „Wir haben es satt“-Demos wollen die Bürger\*innen zum Nachdenken anregen und ein klares Zeichen an die Regierung senden: Subventionierung von Monokulturen und Massentierhaltung - nicht mit uns. Aufgrund der anstehenden Bundestagswahlen gab es bereits am 19. Januar eine „Wir haben es satt“-Demo in Berlin. Die 25.000 Teilnehmer\*innen forderten unmittelbar vor dem Regierungssitz besseren Tierschutz und eine Abkehr von der fortlaufenden Industrialisierung und Globalisierung der Landwirtschaft. Zum dritten Mal in Folge kamen Menschen aus ganz Deutschland in die Hauptstadt und machten lautstark ihren Protest deutlich.

Die Sommeraktion in Wietze, wo eine Umzingelung des Schlachthofes geplant ist, soll die Thematik noch einmal in die Köpfe der Menschen rufen, bevor sie am 22. September ihre Kreuzchen machen. Von einer neuen Bundesregierung erwarte das Aktionsbündnis eine Agrarwende. Das bedeutet eine art-



Zahlreiche Menschen bei der „Wir haben es satt“-Demo im Januar in Berlin. (Foto: Gerne)

gerechte Tierhaltung mit drastisch reduziertem Antibiotika-Einsatz, fairen Märkten für Bäuer\*innen und Verbraucher\*innen weltweit, sowie den Schutz von Boden, Wasser und Klima. Sie bemängeln, dass sich unter der Regierung Angela Merks wenig verändert hat: Beispielsweise forderten Milchbauern bisher vergeblich 40 Cent für einen Liter Milch, anstatt der momentanen 30 Cent. Der Schlachthof in Wietze beschäftigt vorrangig ausländische Arbeiter\*innen - mit einem Stundenlohn von 3,50 Euro. Auch gegen diese Ausbeutung von Arbeitskräften richtet sich die Demonstration. Derartige Schlachthöfe seien, so die Organisator\*innen, nicht nur tier- sondern auch menschenfeindlich.

## Weniger ist mehr

Auch der steigende Trend zu Vegetarismus und Veganismus setzt ein Signal: Laut dem Vegetarierbund (Vebu) gibt es momentan in Deutschland sieben Millionen Vegetarier, davon sind 800.000 Veganer. „Der Trend ins Vegetarische ist unaufhaltsam. Vielleicht isst in 100 Jahren kein Mensch mehr Fleisch.“ so Helmut Maucher, ehemaliger Generaldirektor von Nestlé. Die Alternative zu dem kompletten Verzicht

auf Fleisch- und tierische Produkte könnte diese sein: „Wenn man nur selten und in Maßen Fleisch konsumiert, dann kann man sich auch gutes Biofleisch leisten“ so ein Student auf der „Wir haben es satt“-Demo in Berlin.

In der Pressemitteilung des Bündnisses „Wir haben es satt“ fasst Pressesprecher Jochen Fritz die Gründe für die kommende Demo zusammen: „Der Megaschlachthof ist ein Symbol für die verfehlte Agrar- und Lebensmittelpolitik der bisherigen Bundesregierung. Wie kaum ein anderer Ort in Deutschland steht er für das System der industrialisierten Landwirtschaft, das Tierfabriken mit hohem Antibiotikaeinsatz, Exportdumping, unfaire Preise für Bauern sowie Dumpinglöhne in den Schlachthöfen zur Folge hat.“ [Gerne]

## INFOBOX:

**Demonstration** am 31.08.2013 in Wietze mit Umzingelung des Schlachthofes

Währenddessen auch **Sommercamp:** 29.8.-1.9.2013 mit vielfältigen Programm und Workshops

## KURZMELDUNGEN

### Essener OB antwortet Frohnhauser Bürgern

Die Frohnhauser Bürger\*innen, die nach der Räumung des besetzten Schulgebäudes in der Bären-delle einen Offenen Brief an Oberbürgermeister Paß (SPD) verfasst und Unterschriften für eine selbstverwaltete Weiternutzung der Immobilie gesammelt hatten, haben nun unerwartet Antwort bekommen.

Für ihr Anliegen erhielten Sie eine klare Absage: Es sei nicht gelungen, ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept zu entwickeln. Den ehemaligen Besetzer\*innen hingegen bot Paß Gespräche über ein selbstverwaltetes „Jugendhaus“ an, lässt sonst aber kein gutes Haar an ihnen: Er bedauere, dass es zu der Aktion gekommen sei, die er nicht als friedlich bewerte. Generell halte er Hausbesetzungen nicht für das richtige Mittel, um sich auf einen gemeinsamen Weg zu begeben.

Am Samstag den 7.9. wollen die Anwohner\*innen ein Nachbarschaftsfest vor der Bären-delle feiern und gegen den gezielten Verfall der Immobilie protestieren.

### AZ Köln zieht um

Nach Protesten und Verhandlungen haben die Stadt Köln und die Nutzer\*innen des besetzten Autonomen Zentrums in Köln-Kalk nun einen Kompromiss gefunden. Die Stadt bleibt bei ihren Abrissplänen, während das AZ vom rechtsrheinischen Kalk in die Südstadt am anderen Flussufer umziehen muss.

### akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:  
► [www.facebook.de/akduell](http://www.facebook.de/akduell)

und auf unserer Homepage:  
► [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

# Was tun mit den Wahlplakaten?

Seit einigen Wochen hängen sie wieder in allen Straßen: Plakate mit Werbung zur Bundestagswahl. Während die Parteien mit großem Einsatz von Geld und Personal dafür sorgen, dass ihre Plakate noch in die letzten Winkel der Städte gelangen, entfernen manche Bürger\*innen diese wieder, bemalen abgebildete Gesichter oder verändern sogar den Slogan.

Man könnte fast glauben, dass der Postillon-Artikel, in dem behauptet wird, Unbekannte hätten die originalen Plakate durch inhaltsleere Nachahmungen ausgetauscht, tatsächlich der Wahrheit entspricht. Zu austauschbar wirken viele der Parolen. Spott ernteten hier vor allem Plakate der CDU.

Auf der Homepage des Satiremagazins Titanic wurde ein Wahlplakat-Generator veröffentlicht, der mit jedem Klick ein neues Plakat erstellt. Das Programm verbindet zufällig verschiedene Satz- teile, die mehr oder weniger zur christdemokratischen Rhetorik passen. „Politik braucht Verachtung und gezielte Nadelstiche“, steht dort etwa, oder „Jeder Bürger ist ein Goldstück und braucht eine Villa im Tessin.“

Doch nicht nur im Internet gehen Menschen kreativ mit der Wahlwerbung um. Anstatt ungeliebte Plakate bloß abzureißen, werden diese manchmal auch mit absurden Forderungen überklebt. Werbung im öffentlichen Raum zu verfremden nennt sich Adbusting und wurde von Konsumkritiker\*innen als Form der Kommunikationsguerilla entwickelt. Meist wird ein veränderter Text in der gleichen Schriftart ausgedruckt und aufgeklebt, manchmal genügt es schon, einzelne Wörter zu überkleben. So wird aus Angela Merkels Slogan „Gemeinsam erfolgreich“ ganz



Aus alten Wahlplakaten kann man vieles basteln: Diese Brüderle-Maske passt bestimmt auch gut zum Dirndl. (Foto: aGro)

schnell „einsam reich“. Häufiger als solche Kunstwerke findet man natürlich einfache Kritzeleien, wie Hitlerbärtchen oder Teufelshörner, die keinen großen Aufwand erfordern, sondern lediglich einen Edding.

Insbesondere rechtsradikale Parteien hängen aus diesem Grund ihre Plakate meist etwas höher auf, als die bürgerlichen Parteien. Mit Teleskopstangen oder Farbbeuteln lässt sich aber auch diesen noch auf die Pelle rücken. Doch Obacht: Wahlplakate zu verändern gilt als Sachbeschädigung, je nach Inhalt womöglich auch als Beleidigung der abgebildeten Kandidat\*innen. Wer Plakate abreißt erfüllt zudem den Tatbestand des Diebstahls. Trotzdem: Den Wahlkampf macht es deutlich bunter. [aGro]

## IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet  
**Herausgeber:** [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.  
**Projektkoordination:** David Freydark  
**Anschrift:** akduell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen  
**Redaktion dieser Ausgabe:** Anna Maria Sabi (sabi), Alex Grossert (aGro), Rolf van Raden (rvr), Teresia Minjoli (ttm), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe)  
**Comic:** Sebastian Happ  
**Vi.S.d.P.:** Daniel Kerekes (DanKe)  
**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede  
**E-Mail:** redaktion@akduell.de  
**Web:** www.akduell.de  
**Fon:** 0201/1833134

## SUDOKU – HIRNAKROBATIK

				9			7
	7		8		4		
	4	3	6	7	2		
			9		6		
		6		8	4		7 5
8	2		7	3			4
1		2					
7				6			
3		4		9		8	2

## HLP! #32: CAMPING MACHT SPASS!

